

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

COUNTRY East Germany REPORT 25X1

SUBJECT Bulletins of the Ministry of Construction for 1 November 1956 and 15 November 1956 DATE DISTR. 21 March 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO. RD 25X1

DATE OF INFO. REFERENCES 25X1

PLACE & DATE ACQ 25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

issues for 1 and 15 November 1956 of Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Aufbau. (Two bulletins, bound)

25X1

EXEMPTED BY 18

b

CONFIDENTIAL

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC					
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")															

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CONFIDENTIAL

25X1

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1956

Berlin, den 1. November 1956

Nr. 21

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil		112. Prämienzahlungen aus dem zentralen Prämienfonds der HV Städtebau und Entwurf gemäß Abschnitt III der Anordnung vom 6. 6. 1956 über die Prämienzahlung in den dem Ministerium für Aufbau und den Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke unterstellten Entwurfsbüros	
44. Anweisung für die Bau- und Baustoffbetriebe, Entwurfsbüros und Ausbildungsstätten auf dem Gebiete des Bauwesens über die Unterstützung der polytechnischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen	1		4
B. Besonderer Teil		II. Baustoffindustrie	
I. Technik und Entwurf		51. Bessere Liefermöglichkeiten für bunten Thüringer Marmor	4
107. Verwendung von Gas für Heizzwecke	2	52. Deutsche Bau-Enzyklopädie	4
108. Hinweise für die Kostenplanung	3	53. Erzeugnisse des Dolomitwerkes Wünschendorf	5
109. Anweisung zu § 3 der Anordnung vom 21. 4. 1956 über die Senkung des Holzverbrauchs im Bauwesen — GBl. I. S. 346 —	3	III. Bauindustrie	
110. Kostenlose Zurverfügungstellung von Typenprojekten an LPG	3	52. Rahmenarbeitsordnung für die Betriebe der örtlichen Bauindustrie	5
111. Projektierung von Lagerneubauten für die Großhandelskontore des Ministeriums für Handel und Versorgung	4		

A. Allgemeiner Teil

Anweisung

für die Bau- und Baustoffbetriebe, Entwurfsbüros und Ausbildungsstätten auf dem Gebiete des Bauwesens über die Unterstützung der polytechnischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen

Angesichts der schnellen Entwicklung der sozialistischen Produktion und Technik wird die Entwicklung der polytechnischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen zu einer Hauptforderung für die Hebung des Bildungsniveaus und die Entwicklung neuer Denkformen.

Die polytechnische Bildung ist ein Teil der Allgemeinbildung und die erforderliche Basis, auf der sich eine Berufsausbildung mit einem gewissen universellen Charakter aufbauen kann. Die Schüler sollen einen Überblick über das System und die Perspektive der modernen sozialistischen Produktion erhalten. Außer einem Überblick über die Hauptproduktionszweige sollen die Schüler Kenntnisse über die moderne Produktionstechnologie erwerben und die darin enthaltenen Grundprinzipien erkennen. Sie sollen sich aber auch Kenntnisse über den gesellschaftlichen Charakter der Produktionsverhältnisse in der sozialistischen Wirtschaft aneignen. Neben den allgemeinen Kenntnissen der grundlegenden technologischen Prozesse der gesamten Volkswirtschaft sollen die Schüler praktische Fertigkeiten, z. B. in der Holz- und Metallverarbeitung, der Elektromontage, der Bauproduktion und der landwirtschaftlichen Produktion im Werkunterricht erwerben. Die Einführung der polytechnischen Bildung macht es notwendig, den Inhalt des Unterrichts in den naturwissenschaftlichen Fächern zu ver-

ändern. Ab 1. 9. 1956 wurden die Fächer Werkunterricht, das polytechnische Praktikum und das technische Zeichnen an den allgemeinbildenden Schulen eingeführt. Die Oberschüler sollen darüber hinaus ein Betriebspraktikum ableisten.

Das theoretische und praktische Kennenlernen der Produktion wird dazu beitragen, daß die Schüler die schöpferische Arbeit unserer schaffenden Menschen schätzen und die Arbeit als eine Sache des Ruhmes und der Ehre ansehen. Die polytechnische Bildung soll in den Schülern die Liebe zur Arbeit und das Bestreben wecken, die körperliche Arbeit mit der geistigen zu verbinden. Die jungen Menschen lernen begreifen, daß in unserer Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse die Produktion beherrscht und die sozialistische Produktionsweise der kapitalistischen überlegen ist. Das trägt dazu bei, das patriotische Bewußtsein der Kinder und Jugendlichen zu formen und festigt in ihnen den Willen, unser sozialistisches Eigentum zu mehren und zu schützen.

Die Erfolge bei der Einführung der polytechnischen Bildung werden wesentlich davon abhängig sein, in welchem Maße die industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe diese Entwicklung unterstützen, um auch auf diese Weise den erzieherischen Einfluß der Arbeiterklasse auf die Jugend zu sichern.

Die Gewinnung des Nachwuchses für die praktischen Bauberufe und zur Ausbildung als Hoch- und Fachschulingenieur für die verschiedenen Gebiete des Bauwesens erfordert, daß für die polytechnische Bildung an den allgemeinbildenden Schulen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden und daß alle Einrichtungen des Bauwesens hierbei Unterstützung geben.

25X1

CONFIDENTIAL

25X1

Aus diesem Grunde wird folgendes angewiesen:

1. Die Direktoren der zentralgeleiteten und bezirklichen Bau- und Baustoffbetriebe, der Entwurfsbüros, und Hoch- und Fachschulen haben zusammen mit ihren Leitungskollektiven und unter Hinzuziehung von Mitarbeitern der örtlichen Organe der Volksbildung, von Lehrern und Angehörigen der Elternbeiräte der allgemeinbildenden Schulen über Maßnahmen zur Unterstützung der polytechnischen Bildung einschließlich des Werkunterrichts zu beraten.

Bei diesen Aussprachen müssen die Ausführungen des Sekretärs des ZK der SED, Gerhart Ziller, „Über die polytechnische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen“, veröffentlicht in der „Einheit“, Heft 6/1956, als Grundlage dienen.

Im Ergebnis dieser Beratungen ist zusammen mit den örtlichen Organen der Volksbildung festzulegen:

- a) welcher Betrieb oder welche Institution die Betreuung bestimmter Schulen zur Unterstützung der polytechnischen Bildung übernimmt;
- b) daß Patenschaftsverträge zwischen den betreffenden Betrieben bzw. Institutionen und den allgemeinbildenden Schulen abzuschließen sind, die detaillierte Pläne der Unterstützung der polytechnischen Bildung einschließlich des Werkunterrichts beinhalten.

Über die Durchführung dieser Aufgaben ist den Hauptverwaltungsleitern im Ministerium für Aufbau bzw. den Leitern der Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke bis zum 30. 11. 1956 zu berichten.

2. Zur materiellen Sicherung der polytechnischen Bildung einschließlich des Werkunterrichts sind den allgemeinbildenden Schulen

- a) durch die Bau- und Baustoffbetriebe brauchbare Abfälle von Bauholz, Kunststoffen und Bauelementen, die zur Veranschaulichung des Unterrichtes geeignet sind, zur Verfügung zu stellen;

- b) durch die Hoch- und Fachschulen Lehr- und Anschauungsmaterialien, Lehrfilme sowie Modelle, die nicht mehr für die Ausbildung benötigt werden, zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen der Möglichkeiten der Hoch- und Fachschulen sind in den eigenen Werkstätten Modelle anzufertigen, die insbesondere den Ober- und Mittelschulen zur Verfügung zu stellen sind.

- c) Darüber hinaus haben die Zentralabteilungen Fachmethodik der Fachschulen des Bauwesens die Zeichnungen für neu anzufertigende Modelle, insbesondere über industrielle Bauweisen, den Abteilungen Volksbildung bei den Bezirken laufend zur Verfügung zu stellen, damit von dort aus die notwendigen Unterlagen zur Herstellung von entsprechenden Modellen innerhalb des Werkunterrichts an die allgemeinbildenden Schulen gegeben werden können.

3. Bei der Einrichtung von polytechnischen Museen sind die örtlichen Organe der Volksbildung zu beraten und durch die Bereitstellung von Materialien zu unterstützen. Die Abteilung Pädagogik an der Fakultät für Architektur der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar wird verpflichtet, sich bei der Gestaltung von polytechnischen Museen in den Städten Erfurt, Gera und Suhl beratend zu beteiligen.

4. Die Bau- und Baustoffbetriebe haben den allgemeinbildenden Schulen auf ihren Baustellen Besichtigungen zu ermöglichen und sie durch entsprechende Führungen zu unterstützen. Darüber

hinaus sind die Bau- und Baustoffbetriebe verpflichtet, Voraussetzungen für die Durchführungen von Betriebspraktika der Oberschüler zu schaffen.

5. Um die Lehrer der allgemeinbildenden Schulen mit grundsätzlichen Fragen des Bauwesens und der Bauproduktion vertraut zu machen, sind in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen der Volksbildung mehrtägige Lehrgänge in den Schulferien bei den Bau- und Baustoffbetrieben und den technischen Betriebsschulen vorzubereiten und durchzuführen. Hierbei sind auch die Dozenten, insbesondere der Fachschulen, als Lehrkräfte für die Lehrgänge heranzuziehen.

6. Den Lehrern der allgemeinbildenden Schulen sind Materialien in den technischen Kabinetten zugänglich zu machen.

7. An den Hoch- und Fachschulen ist unter den Studierenden zu werben, damit sich Studierende für die Durchführung des Werkunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen und für die technischen Zirkel im Rahmen des Verbandes der Jungen Pioniere zur Verfügung stellen.

In Anbetracht der Wichtigkeit der polytechnischen Bildung für die technische Bildung der Schüler der Grund-, Mittel- und Oberschulen ist bei der Durchführung dieser Anweisung gewissenhaft vorzugehen, da hiervon die Gewinnung des Nachwuchses für das Bauwesen abhängt.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

107. Verwendung von Gas für Heizzwecke

In einem uns von der HV Gas des Ministeriums für Kohle und Energie mitgeteilten Fall hatte der Projektant für einen Neubaublock mit 80 Wohnungen reine Gasherde vorgesehen, wobei der Gasbratofen zugleich zur Raumbeheizung für die Küche bestimmt war. Hierzu hat die HV Gas wie folgt Stellung genommen:

„Der Mißbrauch des Gasbratofens zur Küchenheizung, der im Zeichen des Mangels an festen Brennstoffen sehr großen Umfang angenommen hat, wird von allen Fachkollegen nachdrücklich bekämpft, nicht so sehr wegen des Gasverbrauchs gerade in Zeiten einer vielleicht angespannten Versorgungslage, sondern hauptsächlich wegen der schädlichen Nachwirkungen für die Bewohner. Wenn die Bratofenbrenner längere Zeit benutzt werden, tritt besonders in einer Küche mit kleinen Abmessungen durch den Sauerstoffverbrauch der Flammen eine Verschlechterung der Raumluft ein, die zur Lüftung des Raumes zwingt, wodurch die teuer erkaufte Erwärmung wieder verlorengeht. Außerdem entsteht eine große Feuchtigkeit, weil die Bestandteile Wasserstoff und Methan im Gas sich bei der Verbrennung in Wasserdampf umsetzen, der sich an kälteren Flächen (Wänden, Fensterscheiben usw.) niederschlägt. Besonders schlecht ist es, wenn ein Wrasenabzug in der Küche fehlt. Die Benutzung des Bratofens ohne Fortleitung der Abgase ist nur für die Zeit, die ein Brat- oder Backvorgang erfordert, gedacht und nur dann ohne unangenehme Folgen.“

Die im vorliegenden Falle vom Projektanten gewählte Art der Küchenheizung muß also nicht nur als unzweckmäßig entschieden abgelehnt werden, sie ist auch gesundheitsschädigend. Der VEB Wärmegerätewerk Dresden (Hersteller der bekannten „Prometheus-Gasherde“) hat neuerdings einen auch für Raumheizung anwendbaren Gasherde entwickelt. Dieser Herd erfordert aber, wie alle Gasfeuerstätten mit größerem Verbrauch, einen Schornsteinanschluß.“

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

25X1

Den Projektanten wird diese Stellungnahme zur Beachtung mit dem Bemerkten mitgeteilt, daß, wenn eine Küchenheizung erforderlich wird, auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden kann, einen Beistellofen aufzustellen, d. h. einen transportablen kleinen Ofen, der zur Beheizung der Küche neben dem Herd aufgestellt wird und nicht zu Kochzwecken benutzt werden darf.

108. Hinweise für die Kostenplanung

1. Versetz- und Steinmetzarbeiten

Von den Entwurfsbüros werden die Versetz- und Steinmetzarbeiten für Werksteine in den bautechnischen Kostenplänen unterschiedlich ausgewiesen. Insbesondere bestehen Zweifel darüber, ob diese Arbeiten zu den Bauhaupt- oder den Baunebenleistungen zählen und ob sie bei der Ermittlung der Kosten des Baustellenbereiches berücksichtigt werden dürfen.

Die Preisbildung für das Versetzen von Werksteinen einschließlich des Werksteinmaterials — auch wenn sie vorher steinmetzmäßig bearbeitet worden sind — erfolgt nach den Prinzipien der Preisordnung Nr. 561 vom 15. Dezember 1955 (GBl. I S. 997) im Leistungstitel „Maurerarbeiten“ und des Festpreiskataloges Teil I für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie (Sonderdruck Nr. 124 des Gesetzblattes). Diese Einbeziehung der Versetzarbeiten und der Kosten des Werksteinmaterials in den Leistungstitel „Maurerarbeiten“ darf jedoch nur erfolgen, wenn die Versetzarbeiten vom Baubetrieb durchgeführt werden.

Erfolgt das Versetzen der Werksteine durch einen Steinmetzbetrieb, so sind diese Leistungen unter dem Titel „Steinmetzarbeiten“ im Bereich Baunebenleistungen aufzuführen. Diese Arbeiten einschließlich der Kosten des Werksteinmaterials dürfen bei der Berechnung der Kosten des Baustellenbereiches nicht berücksichtigt werden. Das gleiche gilt auch bei Steinmetzarbeiten an bereits versetzten Werksteinen.

2. Kosten der Baustellenberäumung

In den Preisen des Festpreiskataloges für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie (Sonderdruck Nr. 124 des Gesetzblattes) sind die Kosten für die Beräumung und Abfuhr des Bauschuttes nach außerhalb der Baustelle gelegenen Schuttplätzen nicht enthalten. Dadurch verbleiben nach Abzug des Baubetriebes auf der Baustelle die Schuttmassenhaufen zurück. In den Kostenplänen sind in den wenigsten Fällen von den Entwurfsbüros Kosten für die Abfuhr des Bauschuttes vorgesehen.

Im Einvernehmen mit der Deutschen Investitionsbank sind die vorbezeichneten Kosten von den Entwurfsbüros im Bereich L II (außergewöhnliche Teilleistungen) zu erfassen. Sie sind unter der Bezeichnung „Abfuhr des Bauschuttes laut Kippzettel zum Nachweis“ aufzuführen. Werden diese Schuttmassen nicht abgefahren, sondern in der Nähe des Bauwerkes einplaniert, so sind die Kosten für diese Arbeiten unter demselben Leistungstitel (L II) und entsprechender Leistungsbeschreibung im Kostenplan aufzunehmen.

Im Zusammenhang hiermit wird darauf hingewiesen, daß die Kosten für die Schuttabfuhr des Baustellenbereiches in den Prozentsätzen der Baustellenbereichszuschläge bzw. des Baustellenbereichs enthalten sind. Die Schuttmassen des Baustellenbereichs sind nicht mit den oben angeführten Schuttmassen der Baustelle zu verwechseln.

109. Anweisung zu § 3 der Anordnung vom 21. April 1956 über die Senkung des Holzverbrauchs im Bauwesen (GBl. I S. 346)

Bei Anwendung der im Betreff bezeichneten Anordnung ist ab sofort gemäß nachstehender Anweisung zu verfahren.

(1) Sollen für Holzkonstruktionen aus Abbrüchen oder Ruinen des Standortgrundstückes gewonnene Holzteile wieder verwendet werden, so kann die Genehmigung hierzu vom Rat des Kreises, Abteilung Aufbau, erteilt werden.

(2) Bereitet das Absichten von Spundwänden infolge starken Grundwasserandranges besondere Schwierigkeiten oder müssen Bohlen nach Fertigstellung der Arbeit wieder eingezogen werden, so kann die Genehmigung für die Verwendung von Holzspundbohlen durch die Beauftragten für Holzeinsparung in den Entwurfsbüros im Einverständnis mit der Gütekontrolle erteilt werden.

(3) Haben Investitionsträger, Entwurfsbüros oder Bauausführungsbetriebe mit der VVB JZL Holzbau Leipzig des Ministeriums für Leichtindustrie Verträge über die Lieferung von genormten Holzsparsbindern abgeschlossen, so entfällt die Notwendigkeit zur Einholung einer Ausnahmegenehmigung für die Verwendung dieser Binder. In diesen Fällen hat der Beauftragte für die Holzeinsparung im Entwurfsbüro lediglich der Gütekontrolle eine begründete Stellungnahme zu übergeben.

110. Kostenlose Zurverfügungstellung von Typenprojekten an LPG.

Bezug: „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ Nr. 5/56 B 25

Im Anschluß an die Bezugsmittel wird zur Klärung einiger Zweifelsfragen folgendes mitgeteilt:

1. Unter Typenprojekten sind die in die Zentrale Typenlisten aufgenommenen und fortlaufend in Teil II des Gesetzblattes der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgegebenen Entwürfe zu verstehen. Den Typenprojekten stehen die vom Ministerium für Aufbau bestätigten Wiederverwendungsprojekte gleich.
2. Unter Anpassungsarbeiten sind alle Entwurfsarbeiten zu verstehen, durch die das Typenprojekt auf die Bedingungen des konkreten Standortes abgestellt wird. Hierzu zählen insbesondere:
 - a) Durchführung spezieller sog. projektgebundener Messungen zur Ergänzung der übergebenen Lagepläne.
 - b) Angabe der für die Baugrunduntersuchung anzusetzenden Bohrungen und Schürfungen nach Zahl, Lage und Tiefe.
 - c) Untersuchung des Baugrundes auf Tragfähigkeit auf Grund der übergebenen Bohr- oder Schürfergebnisse.
 - d) Projektierung der Fundamentierung auf der Grundlage der Ergebnisse der Baugrunduntersuchung.
 - e) Anordnung der Gebäude- und Kellereingänge unter Berücksichtigung von Höhenunterschieden des Geländes.
 - f) Projektierung des Anschlusses an vorhandene Versorgungsleitungen.
 - g) Projektierung von Außenanlagen, die nach § 3 Abs. 5 der Preisverordnung Nr. 412 vom 31. März 1955 — Verordnung über die Abrechnung bautechnischer Entwurfsleistungen volkseigener Entwurfsbüros — (GBl. I S. 265) dem Bauwerk

CONFIDENTIAL25X1³

~~CONFIDENTIAL~~

25X1

objektmäßig zuzuschlagen sind, z. B. Umzäunungen, Müllgruben, Schuppen, Weg- und Hofbefestigungen.

3. Nicht zu den Anpassungsarbeiten gehören und sind daher zu vergüten:

- a) Beschaffung und Lieferung der geometrischen Lagepläne.
- b) Durchführung von Bohrungen und Schürfungen
- c) Projektierung von Außenanlagen, die nach § 3 Abs. 5 der Preisverordnung Nr. 412 (s. Ziff. 2g) ihres größeren Umfanges wegen als selbständige Abrechnungseinheiten gelten, z. B. Kanalisations- und Kläranlagen größeren Umfanges, soweit nicht bestätigte Typen dafür verwendet werden.

4. Die Anfertigung und Vervielfältigung von Typenentwürfen als Anschauungsmaterial gehört nicht zu den kostenlosen Leistungen der Entwurfsbüros.

5. Zur unentgeltlichen Lieferung der Anpassungsprojekte sind lediglich die volkseigenen Entwurfsbüros verpflichtet. Private Architekten haben gegen den Auftraggeber Anspruch auf volle Bezahlung der Leistungen nach der Gebührenordnung für Architekten.

6. Auf die Autorenkontrolle kann, soweit die Vorhaben von den Kreisbauleitungen bei den Räten der Kreise betreut werden, weitgehend nach § 6 der Anordnung vom 6. September 1955 über die bautechnische Autorenkontrolle (GBL I S. 631) verzichtet werden. Bei Vorhaben, die wegen ihres Wertumfanges (unter 20 000,— DM) nicht der Lizenzkontrollzifferpflicht unterliegen, entfällt die bautechnische Autorenkontrolle kraft Gesetzes. Soweit die Autorenkontrolle durchgeführt werden muß, ist sie nach der Preisverordnung Nr. 412 zu vergüten.

7. Über die Erstattung des Einnahmefalls an die Bezirke auf Grund der kostenlosen Zurverfügungstellung ländlicher Typenprojekte in Verfolg von Abschnitt IV Ziff. 2 des Beschlusses des Ministerates vom 26. Januar 1956 zu den Maßnahmen und Empfehlungen der IV. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (GBL I S. 47) wird von dem Ministerium der Finanzen am Jahresende entschieden werden, wenn:

- a) der Bezirk eine solche Erstattung beantragt und
- b) es dem Entwurfsbüro nicht gelungen ist, seinen Haushalteinnahmenplan zu erfüllen.

111. Projektierung von Lagerneubauten für die Großhandelskontore des Ministeriums für Handel und Versorgung.

Für die Projektierung von Lagerneubauten für die Großhandelskontore des Ministeriums für Handel und Versorgung ist mit Zustimmung des Rates des Bezirkes Dresden das Entwurfsbüro für Hochbau Bautzen als Leitbüro eingesetzt worden. Alle derartigen Projektierungen sind mit dem Leitbüro zu klären.

Aufträge zur Projektierung von Lagerneubauten für die Großhandelskontore sind nur nach Abstimmung mit dem Leitbüro zu übernehmen.

112. Prämienzahlungen aus dem zentralen Prämienfonds der HV Städtebau und Entwurf gemäß Abschnitt III der Anordnung vom 6. Juni 1956 über die Prämienzahlung in den dem Ministerium für Aufbau und den Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke unterstellten Entwurfsbüros.

Bei Prämienzahlungen aus dem Anteil des Ministeriums für Aufbau am Leistungsprämienfonds ist der Abzug der Steuer von 5%, soweit nicht Steuerfreiheit

gemäß § 3 Abs. 2 der genannten Anordnung gegeben ist, von dem Entwurfsbüro vorzunehmen, in dem der Prämienempfänger beschäftigt ist. Soweit bei seit dem 1. April 1956 gezahlten derartigen Prämien der Steuerabzug von 5% durch das Entwurfsbüro nicht erfolgt ist, ist dies nachträglich noch durchzuführen.

113. Steigerung des Aufkommens von Altstoffen Bezug: Rundschreiben der früheren HV Entwurf Nr. L 57/1954 Ziff. 1

Das Entwurfsbüro für Hochbau Aue hat im I. Quartal 1956 360 kg Altpapier und im II. Quartal 1956 340 kg Altpapier gesammelt und der Verwertung zugeführt.

Im III. Quartal 1956 haben das Entwurfsbüro für Hochbau Zwickau 700 kg Altpapier und das Entwurfsbüro für Industriebau Leipzig 1140 kg Altpapier gesammelt und der Verwertung zugeführt.

Diese ausgezeichneten Sammelergebnisse werden allen Entwurfsbüros hiermit zur Kenntnis gebracht.

II. Baustoffindustrie

51. Bessere Liefermöglichkeit für bunten Thüringer Marmor

„Der VEB (K) Saalburger Marmorwerke, Saalburg/Saale, Tel. Saalburg 70, ist ab November 1956 verstärkt lieferfähig. Durch Aufstellung neuer Steinbearbeitungsmaschinen erhöht der Betrieb seine Kapazität um 75 Prozent. Es wird hiermit allen Projektierungsbüros der DDR zur Kenntnis gegeben, daß dieser Betrieb als einziger bedeutender marmorgewinnender und verarbeitender volkseigener Betrieb nunmehr in der Lage ist, den bunten Thüringer Marmor aus eigenen Brüchen, und zwar

schwarzgrau (Kapfenberg)
buntrosa
edelgrau

für Fußbodenplatten, Treppenhäuser, Fensterbänke, Fenster- und Türumrahmungen, Marmorplatten für Möbel, zur Einrichtung von Krankenhäusern, insbesondere für hygienische und technische Zwecke, in großem Umfange zu produzieren.

Die Durchführung der Arbeiten für die Staatsoper Berlin, Hallenschwimmbad Rostock, Tbc-Heim Bad Berka u. a. m. bieten die Gewähr für erstklassige Ausführung.

52. Deutsche Bau-Enzyklopädie

Das Ministerium für Aufbau, Institut für Typung, hat als Teil-Sonderdrucke der Deutschen Bauzyklopädie eine Anzahl kompletter Serien in Druck genommen. Die Betriebe und Dienststellen werden hiermit auf die Bezugsmöglichkeit dieser Teil-Sonderdrucke hingewiesen. Sie sind zu beziehen durch das Ministerium für Aufbau, Institut für Typung, Abt. Druck und Versand, Berlin C 2, Roßstraße 29/30.

Hierbei handelt es sich um folgende Sonderdrucke:

- | | |
|------------|------------------------------|
| Serie 6428 | Sturzträger aus Stahlbeton |
| Serie 6434 | Stahlbeton-Fertigteildecken |
| | Din F. 4233 |
| | Zwickauer Decke |
| | Spannbetonplatten-Decke |
| Serie 6444 | Stahlbeton-Fertigteiltreppen |
| | 3,00 m Geschoßhöhe |
| | Normallamelle |
| | Randlamelle |
| | Podestbalken |
| Serie 6445 | Stahlbeton-Fenster |
| | Kellerfenster |

25X1

~~CONFIDENTIAL~~

CONFIDENTIAL

25X1

Serie 6455 Stahlbeton-Fertigteildächer

Sparren 5,45 m, Pfette 1,14 m, Strebe
Sparren 5,82 m, Pfette 1,13 m, Strebe
Sparren 6,15 m, Pfette 1,115 m, Strebe
Menzelsprossendach,

Serie 5455 Stahlbeton-Fertigteildächer

Satteldachbinder mit I-Querschnitt
für Universalhallen.

III. Bauindustrie

52. Rahmenarbeitsordnung für die Betriebe der örtlichen Bauindustrie. (Erschienen in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ Nr. 16/56 vom 20. August 1956).

Der Abschnitt VII — Arbeitszeit — Entlohnung — Urlaub — Punkt 6 — ist wie folgt zu ändern:

„Fällt der Zahltag auf einen Sonntag, so ist die Regelung des Zahltages (Sonabend oder Freitag) im Einvernehmen zwischen dem Betrieb und dem kontoführenden Kreditinstitut vorzunehmen.

Fällt der Zahltag auf einen Sonn- oder Feiertag, so hat die Lohn- oder Gehaltszahlung entsprechend der getroffenen Vereinbarung 1 oder 2 Tage vorher zu erfolgen.“

53. Erzeugnisse des Dolomitwerkes Wünschendorf

Ab 1. Januar 1957 wird der Vertrieb von Decabolith und gesintertem Dolomit über die Niederlassung feuerfeste Erzeugnisse der Deutschen Handelszentrale Metallurgie Meißen, Leipziger Str. 10, durchgeführt.

gez.: i. V. Kosel
Minister

JETZT NOCH LIEFERBAR**Volkswirtschaftsplan 1957****Schlüsselliste 1957****für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel**

Herausgegeben von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik bei der Staatlichen Plankommission

Format DIN A 5 • 294 Seiten • Loseblatt im Streifband 2,10 DM

Nummernschlüssel 1957**Warennummer/Planpositionsnummer (Ausgabe August 1956)**

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat

Format DIN A 5 • 112 Seiten • Broschiert 1,50 DM

Bestellungen bitten wir nur beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, anzugeben

**VER DEUTSCHER ZENTRALVERLAG • BERLIN****CONFIDENTIAL**

25X1

CONFIDENTIAL

25X1

JETZT NOCH LIEFERBAR

HANDBUCH DES ALLGEMEINEN VERTRAGS- SYSTEMS

Herausgegeben vom Staatlichen Vertragsgericht bei
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

LOSEBLATTSAMMLUNG

*DIN A 5 · 1218 Seiten · Preis einschließlich Ordner und 1. Nachtrag 20.16 DM
Nachtragslieferung je Blatt 4 DPl.*

Das Werk enthält alle gesetzlichen Bestimmungen des Allgemeinen Vertragssystems und die mit diesem in Zusammenhang stehenden Beschlüsse, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik, der Fachministerien und Staatssekretariate, der Staatlichen Plankommission und des Staatlichen Komitees für Materialversorgung, des Magistrats von Groß-Berlin und des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften. Sämtliche Allgemeinen Bedingungen für den Abschluß von Verträgen, Allgemeinen Lieferbedingungen und Musterverträge sind mit aufgenommen worden.

Bestimmungen über die Rückgabe von Verpackungsmitteln, das Ausstellen von Rechnungen, die Verbuchung von Vertragsstrafen, Berechnung von Verspätungszinsen, Durchführung von Investitionen und die dadurch notwendigen Vertragsabschlüsse, Durchführung von Regierungs- und Exportaufträgen, das Rechnungseinzugsverfahren, Verbesserung der Qualität und die Geltendmachung von Mängelrügen und Gewährleistungsansprüchen vervollkommen das Werk und machen es zu einem unentbehrlichen Helfer aller volkseigenen und ihnen gleichgestellten Produktions-, Verkehrs- und Handelsbetriebe und auch der diesen übergeordneten Staatsorgane.

Ein übersichtliches und ausführliches Inhalts- und Stichwortverzeichnis erleichtern das Auffinden jeder gesuchten Bestimmung.

Außerdem enthält das „Handbuch des Allgemeinen Vertragssystems“ ein Anschriftenverzeichnis sämtlicher Staatlichen Vertragsgerichte, Vertragsschiedsstellen und konsumgenossenschaftlichen Schiedsstellen sowie ein Verzeichnis der in Verwaltung und Wirtschaft gebräuchlichen Abkürzungen. Durch vierteljährliche Ergänzungslieferungen wird es stets auf dem neuesten Stand gehalten.

*Bestellungen bitten wir an den örtlichen Buchhandel oder
an das Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, zu richten.*



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Herausgeber: Ministerium für Aufbau. Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Veröffentlicht unter Nr. Ag 105/56/DDR.
Erscheint jeweils am 1. und 15. eines jeden Monats. Druck: Volksdruckerei Ostharz, Werk Bernburg

CONFIDENTIAL

25X1

Annex 2 to EG 12924

Nur für den Dienstgebrauch

25X1

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1956

Berlin, den 15. November 1956

Nr. 22

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil		der zentralgeleiteten volkseigenen Baustoffindustrie —	
45. Wettervorhersage für die Bau- und Ziegelindustrie im Winter	1	55. Zentraler Arbeitskreis für das Rechnungswesen der volkseigenen Baustoffindustrie — Verfügung u. Mitteilung Nr. 20/56 B II 48 —	4
46. Regelung der Lohn- und Gehaltszahlungstermine — Rundverfügung Nr. 26 vom 27. 10. 1956 —	1	III. Bauindustrie	
47. Bagatellgrenze für Verspätungszinsen	2	53. Anordnung über die Gewährung von Prämien für Bauleiter landwirtschaftlicher Bauten — Vom 22. 10. 1956 —	4
48. Verkehr mit Grundstücken	2	54. Struktur- und Stellenpläne	
49. Mitteilung der Kammer für Außenhandel der DDR	2	55. Katalog der koordinierten Arbeitsnormen in der volkseigenen Bauindustrie — Ausgabe 1956 —	5
B. Besonderer Teil		56. Vereinheitlichung von Vordrucken	5
I. Technik und Entwurf		57. Sonderdarlehen für Nebenproduktion (Baustoffe)	5
II. Baustoffindustrie			
54. Spezialdirektive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1957 — Finanzplanung			

A. Allgemeiner Teil

45. Wettervorhersage für die Bau- und Ziegelindustrie im Winter

Entsprechend den vom Ministerium für Aufbau mit dem Staatlichen Rundfunkkomitee und dem Meteorologischen und Hydrologischen Dienst der Deutschen Demokratischen Republik getroffenen Vereinbarungen wird der demokratische Rundfunk — wie in den Vorjahren — auch in der Winterperiode 1956/57 eine spezielle Wettervorhersage für die Bau- und Ziegelindustrie senden. Die Durchsage erfolgt täglich (wochen- und feiertags) im Wetterbericht im Anschluß an die Nachrichtendienste.

durch den Berliner Rundfunk — um 13.30 u. 19.30 Uhr
durch Radio DDR — um 14.00 u. 19.00 Uhr

Im Interesse der Sicherung der Produktion haben die Betriebsleiter der Betriebe der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß diese spezielle Wettervorhersage auf den Baustellen und von den in den Betrieben für die Produktion verantwortlichen Mitarbeitern regelmäßig abgehört wird. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, in besonderen Fällen gegen Gebühr bei den örtlichen Wetterdienststellen weitere Wettermeldungen anzufordern.

46. Regelung der Lohn- und Gehaltszahlungstermine — Rundverfügung Nr. 26 vom 27. 10. 1956 —

Zur Regelung der Lohn-, Gehalts-, Prämien- und sonstigen Zahlungen in den Monaten Dezember 1956 und Januar/Februar 1957 wurde von der Deutschen Notenbank folgendes angewiesen:

1. Gehaltszahlungen, die planmäßig zwischen dem 15. bis 31. 12. 1956 erfolgen, werden auf die Zeit vom 12. bis 22. 12. 1956 vorverlegt.

2. Wochen-, Dekaden- und halbmonatliche Zahlungen, deren planmäßiger Zahlungstermin in die Zeit vom 22. bis 31. 12. 1956 fällt, erfolgen in der Zeit vom 19. bis 22. 12. 1956.

3. Prämien, die vor Weihnachten ausgezahlt werden sollen, gelangen zwischen dem 7. 12. und 11. 12. 1956 zur Auszahlung.

Die gleichen Termine gelten für die eventuellen Zahlungen von Weihnachtzuwendungen.

4. Die planmäßigen Zahlungstermine müssen im Monat März 1957 wieder erreicht sein. Aus diesem Grunde wird für die Zahlungstermine in den Monaten Januar und Februar 1957 eine Übergangsregelung getroffen.

5. Die Vorverlegung der Zahlungstermine bedingt, daß die Betriebe zu den vereinbarten Zahltagen über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügen. Gut arbeitende Betriebe können Vorzugsdarlehen gemäß der 5. DB zum Gesetz über die Deutsche Notenbank beantragen.

6. Die Vorverlegung von im Januar 1957 fälligen Zahlungen in den Monat Dezember 1956 ist nicht zulässig.

7. Die Zahlungstermine für Stipendienzahlen bei Fach- und Hochschulen, die dem Ministerium für Aufbau unterstehen, vereinbaren die Niederlassungen mit den Hoch- und Fachschulen.

Diese Anweisung gilt mit Ausnahme des Punktes 5 für alle dem Ministerium für Aufbau unterstehenden volkseigenen Betriebe und Haushaltsorganisationen. Der Punkt 5 trifft nur für die volkseigenen Betriebe des Ministeriums für Aufbau zu.

Die Gehalts-, Lohn- und sonstigen Zahlungstermine für die Monate Dezember 1956 und Januar/Februar

CONFIDENTIAL

25X1

CONFIDENTIAL 25X1

1957 werden zwischen den Niederlassungen der Deutschen Notenbank bzw. den Filialen der Deutschen Investitionsbank und den Betrieben bzw. Haushaltsorganisationen festgelegt.

47. Bagatellgrenze für Verspätungszinsen

Die 24. DB. zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 25. 3. 1954 (Ges.-Bl. S. 357) legt fest, daß von der Berechnung von Verspätungszinsen nur dann abzusehen ist, wenn die Kosten der Einziehung in keinem Verhältnis zur Höhe der zu berechnenden Verspätungszinsen stehen. Da diese Regelung verschiedene Auslegungen zuläßt, wurde von einigen Betrieben gefordert, eine einheitliche Bagatellgrenze für Verspätungszinsen festzulegen.

Hierzu wird entschieden, daß es nicht zweckmäßig ist, eine einheitliche Bagatellgrenze festzusetzen, da bei der Berechnung und Einziehung von Verspätungszinsen in jedem Falle von der Wirtschaftlichkeit auszugehen ist. Aus diesem Grunde werden die Betriebsleiter bzw. Hauptbuchhalter verpflichtet, die Grenze des Rechnungsbetrages, für den Verspätungszinsen nicht erhoben werden sollen, eigenverantwortlich zu bestimmen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß Anweisungen über die Festlegung einer Bagatellgrenze in bestimmten Industriezweigen nur im Verkehr der Betriebe dieses Industriezweiges untereinander gültig sein können. Die Entscheidung über den Einzug von Verspätungszinsen liegt bei den Betrieben, die die in Rechnung gestellten Beträge einzutreiben haben.

48. Verkehr mit Grundstücken

Die Verfahren bei der Änderung in der Rechtsträgerschaft an volkseigenen Grundstücken sowie der Verfahren über den Tausch volkseigener Grundstücke gegen nichtvolkseigene Grundstücke ist neu geregelt worden. Es wird auf die Anordnung vom 21. 8. 1956 über das Verfahren bei der Veränderung in der Rechtsträgerschaft an volkseigenen Grundstücken — GBl. I S. 702 — und auf die Anordnung vom 1. 9. 1956 über den Tausch volkseigener Grundstücke gegen nicht volkseigene Grundstücke — GBl. I S. 706 — verwiesen.

49. Mitteilung der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik

Die Kammer für Außenhandel teilt allen volkseigenen, handwerklichen und privaten Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik mit, daß in den Auskunfts- und Siegelstellen der KfA in den Bezirken der DDR das Warenzeichenblatt der DDR und die Berner Warenzeichenblätter (Les Marques Internationales) zur Einsicht ausliegen.

Die Kammer für Außenhandel bittet alle Betriebe, von der Möglichkeit der Einsicht — insbesondere bei Einführung neuer Warenzeichen im Ausland — regen Gebrauch zu machen.

In diesen Warenzeichenblättern finden Sie alle Angaben über neu eingeführte Warenzeichen der Mitgliedstaaten des Madrider Markenabkommens vom 14. 4. 1891.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

II. Baustoffindustrie

54. Spezialdirektive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1957 — Finanzplanung der zentralgeleiteten volkseigenen Baustoffindustrie

I. Allgemeine

1. Allgemeine Grundsätze

Das Ziel des Staatshaushaltsplanes 1957 ist es, die im zweiten Jahr des zweiten Fünfjahrplanes vorgesehene ökonomische und kulturelle Entwick-

lung in der Deutschen Demokratischen Republik finanziell sicherzustellen. Zur Erreichung dieses Zieles ist es notwendig, daß die Finanzpläne der zentralgeleiteten Baustoffbetriebe unter den Gesichtspunkten der strengsten Sparsamkeit aufgestellt werden. Die Finanzpläne müssen bei der höchstmöglichen Produktion die größte Wirtschaftlichkeit erkennen lassen. Aus diesem Grunde ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß die Ausarbeitung der Finanzpläne gewissenhaft zu erfolgen und jede Planung irgendwelcher Reserven zu unterbleiben hat. Die Werkleiter sind für die Einhaltung genannter Grundsätze verantwortlich.

2. Grundlagen für die Aufstellung der Finanzpläne

Neben dieser Spezialdirektive sind bei der Aufstellung der Finanzpläne folgende Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen zugrunde zu legen:

- a) Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1957.
- b) Direktive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1957 — Ausgabe Finanzplanung volkseigene Wirtschaft — (im folgenden als Finanzplandirektive 1957 bezeichnet).
- c) Verordnung vom 6. 1. 1955 über die Verwendung der Gewinne in der VEW (GBl. I S. 23).
- d) Verordnung vom 6. 1. 1955 über die Verwendung der Amortisationen in der VEW (GBl. I S. 21).
- e) 1. DB vom 18. 3. 1955 der unter c) genannten Verordnung (GBl. I S. 205).
- f) VO vom 15. 3. 1956 zur Änderung der VO über die Verwendung der Gewinne (GBl. I S. 269).
- g) Erläuterungen des Ministeriums der Finanzen vom 1. 8. 1956 zu den Vordrucken der Finanzplanung 1957 für die zentralgeleitete Industrie.

Darüber hinaus sind alle Bestimmungen, die Auswirkungen für den Betrieb in finanzieller Hinsicht haben, bei der Aufstellung des Finanzplanes zu berücksichtigen.

3. Ausarbeitung, Einreichung und Bestätigung der endgültigen Finanzpläne

Nach Übergabe der Staatlichen Aufgaben für das Jahr 1957 durch die zuständige Hauptverwaltung arbeiten die Betriebe ihren endgültigen Jahresfinanzplan 1957 aus. Hierbei sind die in der Finanzplandirektive 1957 auf S. 14 unter lfd. Nr. 6 aufgeführten Formulare zu verwenden. Dieser Formularsatz dient zur Weiterreichung an die zuständige HV bzw. zuständigen Finanzkontrollorgane. Darüber hinaus sind in den Betrieben als Arbeitsunterlagen zur Aufstellung des Finanzplanes das Formular „Plan der Warenproduktion zu Abgabepreisen und Selbstkosten“ zu verwenden. Soweit diese Arbeitsunterlage nicht ausreicht, sind von den Betrieben weitere Unterlagen zu verwenden. Die betrieblichen Arbeitsunterlagen sind so aufzustellen, daß mit ihnen ein lückenloser Nachweis über die Aufstellung des Finanzplanes geführt werden kann.

Die Einreichung der endgültigen Finanzpläne hat in zweifacher Ausfertigung spätestens vier Wochen nach Übergabe der Staatlichen Aufgaben an die zuständige HV zu erfolgen. Ein Exemplar verbleibt bei der Hauptverwaltung, während das zweite Exemplar mit dem Bestätigungsvermerk der HV zurückgesandt wird.

Nach erfolgter Bestätigung sind die in der Finanzplandirektive 1957 auf Seite 15 unter lfd. Nr. 8a) und 8c) aufgeführten Formulare der zuständigen Niederlassung der Deutschen Notenbank bzw. der zuständigen Filiale der Deutschen Investitionsbank zu übergeben.

25X1

CONFIDENTIAL

~~CONFIDENTIAL~~

25X1

II. Methodik der Finanzplanung**1. Planung der Warenproduktion**

Für die Aufstellung des Finanzplanes ist die im Produktionsplan festgelegte Warenproduktion zugrunde zu legen. Die Übereinstimmung der Warenproduktion im Produktionsplan und Finanzplan muß gewährleistet sein. Entsprechend dieser Warenproduktion sind die Selbstkosten der Warenproduktion 1957 zu ermitteln.

2. Festlegung der Basiskosten und Selbstkostensenkung

In den Zeilen 2 bis 6 hat die Bereinigung der Basiskosten entsprechend der Nomenklatur zu erfolgen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß in Zeile 6b als sonstige, nicht planbare Selbstkostenbestandteile alle Kosten abzusetzen sind, die im Jahre 1956 durch ein unplanmäßiges Arbeiten angefallen sind. Hierzu gehören u. a. Stillstands- und Wartezeiten, Löhne für Überstunden, überplanmäßiger Ausschuß usw. Des weiteren sind im Vorjahr Kosten entstanden, die in der Basis enthalten sind, jedoch ebenfalls nicht in die Plankosten aufzunehmen sind. Dazu gehören u. a. im Vorjahr gezahlte Prämien für die Übererfüllung der Pläne. Das gleiche gilt für Vorleistungen und Anlaufkosten, Umstellungskosten und Rückzahlungsraten, die im Jahre 1957 nicht mehr oder in vermindelter Höhe anfallen.

Entsprechend dem Beschluß vom 28. 6. 1956 über die Berufsausbildung der Lehrlinge (GBI. I S. 568) wird die Berufsausbildung ab 1. 1. 1957 neu geregelt. Nach der vom Ministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Arbeit vorbereiteten Anordnung (bisher nicht veröffentlicht) erfolgt ab 1957 die Finanzierung der Lehrlingsausbildung nicht mehr aus den Selbstkosten der Betriebe, sondern aus Haushaltsmitteln des Ministeriums für Aufbau.

Die im Jahre 1956 in den „anderen Gemeinkosten“ für die Berufsausbildung verrechneten Kosten, die nunmehr aus Mitteln des Haushalts getragen werden, sind in der endgültigen Finanzplanung für 1957 nicht mehr zu planen. Die im Jahre 1956 geplanten Kosten für die Lehrlingsausbildung sind im Formblatt „Ermittlung der Selbstkostensenkung“ (Nomenklatur) als neue Zeile 6c gesondert nachzuweisen.

Die sich durch den Wegfall der Ortsklassen C und D ergebenden Mehrkosten sind in der Zeile 3 aufzunehmen.

Die ausgewiesenen Beträge in den Zeilen 2, 3, 5 und 6 sind in einer Anlage genauestens zu begründen.

Die übergebene Staatliche Aufgabe für die Selbstkostensenkung ist in der Zeile 8 der Nomenklatur nachzuweisen. Zur Überprüfung der planmäßig erreichten Selbstkostensenkung sind die ausgewiesenen Beträge in den Zeilen 7 und 9 der Nomenklatur in einer besonderen Anlage nach den Kostenarten Material, Lohn einschl. SV-Beträge, Abschreibungen und sonstige Kosten (Konten 33 und 39) aufzugliedern.

3. Planung der Kosten

Bei der Festlegung der Selbstkosten 1957 ist von dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit auszugehen. Die geplanten Kosten sind, soweit die Möglichkeit besteht, mit anderen Planteilen des Betriebsplanes abzustimmen. Die geplante Lohnsumme muß mit den in dem Arbeitskräfteplan ermittelten Löhnen übereinstimmen. Bei der Festlegung der Materialkosten ist von einer Verbesserung der Materialverbrauchsnormen auszugehen. Eine Pla-

nung von Reserven ist nicht zulässig. Die Hauptbuchhalter der Betriebe werden für die Kontrolle der Kostenplanung verantwortlich gemacht.

Die Kosten der Handelsware ergeben sich aus den Verrechnungspreisen plus den anteiligen Absatz- und kommerziellen Kosten für Handelsware.

4. Ermittlung der Erlöse

Die Erlöse sind in der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben unter Pos. A 1 nach der dort angegebenen Gliederung zu planen. Bei der Festlegung der Erlöse aus dem Absatz ist ein maximaler Abbau der Überplanbestände an Fertigerzeugnissen zu berücksichtigen.

Die Erlöse aus Absatz ergeben sich aus

- a) der Warenproduktion lt. Produktionsplan plus Produktionsabgabe;
- b) der Bestandsabnahme bzw. -zunahme an Fertigerzeugnissen;
- c) anderen Erlösen, die nicht im Produktionsplan erfaßt sind (z. B. Leistungen für Dritte, weiterzuberechnende Verladeleistungen).

Die geplanten Erlöse sind nach den Punkten a bis c gesondert nachzuweisen.

5. Gewinnplanung

Die zu planenden Gewinne bzw. Verluste ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Erlös aus Absatz (Pos. A 1 der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben) ./. Produktionsabgabe (Pos. A 3 b der Bilanz) und den Gesamtselbstkosten für den Absatz (Pos. B 1 der Bilanz) zuzüglich übriges Ergebnis (Pos. A 2 bzw. B 2 der Bilanz).

6. Überhänge

Eine Planung der Überhänge aus Gewinnen nach dem Folgequartal bzw. nach 1958 wird nicht mehr vorgenommen. Die Pos. B 4 a der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben ist aus diesem Grunde in den Spalten 4 bis 7 nicht auszufüllen. Für die Produktionsabgabe (Pos. B 4 der Bilanz) sind Überhänge nach dem Folgequartal bzw. nach 1958 weiterhin zu planen. Die Beträge der Pos. B 4 der Bilanz, Spalte 3 müssen mit Pos. A 4 der Bilanz, Spalte 4 übereinstimmen.

7. Umlaufmittel

Die Umlaufmittelausstattung erfolgt für die zentralgeleiteten Betriebe der Baustoffindustrie wie im Jahre 1956.

Der Ist-Umlaufmittelfonds per 1. 1. 1957 muß vor Errechnung der Umlaufmittelzu- oder -abführung statistisch um die 1956 aus Umlaufmittelfonds finanzierten Investitionen erhöht werden, da die Finanzierung von Investitionen nicht durch planmäßige Umlaufmittel erfolgt.

Im Formblatt „Finanzierung der Umlaufmittel“ ist die Pos. „Planfonds Vorquartal“ in der Spalte 9 um den im Jahre 1956 abgeführten Betrag an den Reservefonds des Ministeriums bzw. der Hauptverwaltung statistisch zu erhöhen, wobei eine Berichtigung im Rechnungswesen nicht zu erfolgen hat.

Der Umlaufmittelreservefonds des Ministeriums bzw. der Hauptverwaltung wird in Höhe von 2% des durchschnittlichen Planumlaufmittelfonds 1957 gebildet. Die Abführung an den Reservefonds erfolgt in Höhe der Differenz zwischen dem abgeführten Betrag 1956 und dem planmäßig abzuführenden Betrag für 1957.

8. Ständige Passiva

Die ständige Passiva ist nach den Grundsätzen des Jahres 1956 zu ermitteln. Dabei ist zu beach-

25X1
3~~CONFIDENTIAL~~

CONFIDENTIAL

ten, daß zur Ermittlung der ständigen Passiva in der Zeile 19 des Formblattes „Finanzierung der Umlaufmittel“ Seite 2 die Gewinnabführung einschließlich der geplanten Zuführung zum Direktorfonds zugrunde zu legen ist. Das gleiche gilt für die Errechnung der ständigen Passiva in der Pos. „Abschreibungen“ (Zeile 1). Auch hier sind die Zuführungen zu den eigenen Fonds zu berücksichtigen.

III. Bemerkungen zu den Formblättern

Bei der Ausfüllung der Formulare sind die Erläuterungen des Ministeriums der Finanzen vom 1. 8. 1956 zu den Vordrucken der Finanzplanung 1957 für die zentralgeleitete volkseigene Industrie zu beachten. Darüber hinaus sind folgende Hinweise zu berücksichtigen:

1. Bilanz der Einnahmen und Ausgaben

a) Positionen B 6 und C 3

Diese Positionen sind nicht auszufüllen, da bis zum Zeitpunkt der Aufstellung der Bilanz die aus Umlaufmitteln finanzierten Grundmittel noch nicht durch den Kontrollausschuß bzw. Ministerrat bestätigt sind. Die Betriebe haben nach Fertigstellung des Kontrollberichtes per 31. 12. 1956 die Finanzierung der evtl. ausgewiesenen aus Umlaufmitteln finanzierten Grundmittel bei der zuständigen Hauptverwaltung zu beantragen.

b) Position B 5

Die Umlaufmittelzuführungen erfolgen im Jahre 1957 nur aus Umverteilungsmitteln der Hauptverwaltung. Diese Position ist daher in den Spalten 4 bis 7 nicht auszufüllen.

c) Position B 15 und C 7

Diese Positionen erhalten die Bezeichnung „Ausgaben für die Berufsausbildung aus Mitteln des Haushaltes“ (B 15) bzw. „Für die Berufsausbildung aus Mitteln des Haushaltes“ (C 7). Hier sind die Beträge auszuweisen, die entsprechend Abschnitt II, lfd. Nummer 2, Absatz 3 dieser Spezialdirektive zu behandeln sind. Die Spalten 2 und 3 sind nicht auszufüllen.

2. Ergebnis aus dem Absatz der Warenproduktion

Im Abschnitt A ist die Spalte „Ist 1. Halbjahr“ zu berichtigen in „Ist vom 1. 1. bis 30. 9. 1956“.

3. Finanzierung der Umlaufmittel — Seite 1

Die Gliederung der Spalte 1 „Bezeichnung der Positionen“ erfolgt wie im Richtsatzplan des Jahres 1956.

In der Zeile 3 der Position „Fertigerzeugnisse“ sind die Forderungen während der Einreichungsfrist aufzunehmen. Hierunter sind die Forderungen zu verstehen, für die der RE-Kredit noch nicht bereitgestellt, die Rechnungslegung aber bereits erfolgt ist. Im Höchstfalle dürfen zwei Richttage angesetzt werden.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Spalten 10, 13, 16 und 19 entsprechend den Erläuterungen des Ministeriums der Finanzen zu den Vordrucken der Finanzplanung 1957, Abschnitt Richtsatzplan/ständige Passiva Absatz 2 vollständig auszufüllen sind.

4. Plan der Warenproduktion zu Abgabepreisen und Selbstkosten

Dieses Formblatt dient nur als Arbeitsunterlage in den Betrieben. Es ist nicht der Hauptverwaltung zu übergeben (siehe auch Abschnitt I, Absatz 3 dieser Spezialdirektive). Die Summe der Spalte 20 muß mit dem Formblatt „Selbstkosten und Selbstkostensenkung“ (Nomenklatur der Staatlichen Plankommission) im Abschnitt „Nachweis

über die Ermittlung der Selbstkostensenkung, Zeile 1 übereinstimmen.

Im Anschlußblatt zu diesem Formblatt sind als Mindestforderung die Kostensätze 1956 und 1957 für jede Planposition (Kostenträger) auszuweisen. Die übrigen Spalten können von den Betrieben nach Bedarf verwendet werden. Es wird jedoch empfohlen, die wichtigsten qualitativen Kennziffern wie z. B. Klinkereinsatz, Lohnanteil, Materialanteil pro Planposition aufzuführen.

55. Zentraler Arbeitskreis für das Rechnungswesen der volkseigenen Baustoffindustrie

— Verfügungen und Mitteilungen Nr. 20/56 —
B. II. 48. —

Der erste Absatz dieser Mitteilung ist ungültig. Er wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Aufgrund der 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Buchführung und buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe — Arbeitskreisordnung — vom 22. 11. 1955, GBl. Teil I/1955, Seite 842, hat das Ministerium der Finanzen, HA. Rechnungs- und Berichtswesen, der Bildung des zentralen Arbeitskreises für das Rechnungswesen der volkseigenen Baustoffindustrie unter der Leitung des Ministeriums für Aufbau zugestimmt.

III. Bauindustrie

53. Anordnung über die Gewährung von Prämien für Bauleiter landw. Bauten vom 22. Oktober 1956.

Um die Bauleiter im landwirtschaftlichen Bauwesen auch materiell an der planmäßigen Fertigstellung der ländlichen Bauvorhaben zu interessieren, wird auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates der Regierung der DDR vom 26. Januar 1956 zu den Maßnahmen und Empfehlungen der IV. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (GBl. S. 97), Abschn. IV, Ziff. 4 im Einvernehmen mit den Ministern der Finanzen und für Arbeit und Berufsausbildung folgendes angeordnet:

§ 1

Prämien für Bauleiter landwirtschaftlicher Bauvorhaben werden unter nachfolgenden Bedingungen gewährt.

§ 2

Als landwirtschaftliche Bauvorhaben gelten Bauvorhaben für:

- 1) LPG (Produktionsbauten und Hauswirtschaften)
- 2) MTS (einschl. Motoren-Instandsetzungs- und Spez.-Werkstätten)
- 3) VE und Universitätsgüter
- 4) Ländlichen Wohnungsbau
- 5) Sonstige staatl. Landwirtschafts-, Forstwirtschafts-, Veterinär- und Fischereibetriebe einschließl. der Institute, Hoch- und Fachschulen, Rennbetriebe, Hengstdepots, Besamungsstationen und landwirtschaftl. Handelsbetriebe
- 6) private landwirtschaftliche Betriebe.

§ 3

1. Die Prämien werden im Kreisbereich als Gesamtprämie ermittelt und sind von der Bauleitung an die beteiligten Bauleiter aufzuschlüsseln.
2. Die Berechnung der Gesamtprämie sowie die Aufschlüsselung ist vom Leiter der Abteilung Aufbau und von der zuständigen Betriebsgewerkschaftsleitung zu bestätigen.

§ 4

Bezugsbasis für die Gewährung von Prämien ist das der Bauleitung zur Baudurchführung übertragene landwirtschaftliche Bauvolumen des Kreisbauplanes, sowohl der Investitions- als auch der Lizenzbauten.

25X1

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

25X1

§ 5

1. Die Berechnungsgrundlage sind die im Kreisbereich fertiggestellten Kapazitäten landw. Bauvorhaben, die unter Einhaltung der festgelegten Termine und des den Projekten zugrundeliegenden Kostenplanes errichtet wurden und keine unerledigten Beanstandungen der Gütekontrolle aufzuweisen haben.
2. Ist ein Bauvorhaben im Plan nur zu bestimmter Teilfertigstellung vorgesehen, so gilt diese Teilfertigstellung als erreichte Kapazität.

§ 6

1. Prämien werden gewährt für die fertiggestellten und übergebenen Kapazitäten, welche 65% des der Bauleitung übertragenen landwirtschaftlichen Bauvolumens übersteigen.
2. Die Prämien sind nach gleitenden Sätzen zu berechnen, und zwar für die das Volumen (Tabelle zu 2, siehe unten)

§ 7

1. Die Finanzierung der Prämien erfolgt aus den den Bauleitungen zur Verfügung stehenden Mitteln nach den Richtsätzen für die Bauleitung des Investitionsträgers gemäß den Richtlinien für die Finanzierung der Bauleitungen des Investitionsträgers (Investbauleitungen) vom 15. Febr. 1954 (GBl. S. 201, Abschn. III, Ziff. 1). Eine Überschreitung der Richtsätze ist nicht zulässig.
2. Neben dem 1½%-Prämienfonds können weitere 3½% der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme der Bauleiter für die Prämien nach § 6 eingeplant werden.
3. Von dem 1½%-Prämienfonds können bis zu ¼% für die Prämien nach § 6 mit herangezogen werden.

§ 8

1. Die Abschlußberechnung und Auszahlung der Prämien muß bis zum 31. Januar des nachfolgenden Jahres vorgenommen werden.
2. Teilprämierungen im Laufe des Jahres können, sofern die notwendigen Kapazitäten fertiggestellt sind, nach § 1—7 vorgenommen werden.

§ 9

Die Vergütung von Einsparungen im Investitionsplan wird nach Abschn. VI, § 11 der Anordnung zur Finanzierung und Kontrolle der planmäßigen Investitionen und Generalreparaturen in der volkseigenen Wirtschaft, den staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen vom 20. Januar 1956, (Sonderdruck des GBl. Nr. 150, S. 45) vorgenommen. Dies gilt sinngemäß auch für Bauvorhaben des Lizenzplanes.

§ 10

Die Vergütung und Prämierung von Verbesserungsvorschlägen und Erfindungen erfolgt auf der Grundlage der Verordnung vom 6. Februar 1953 über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 293) und der 2. Durchf.-Bestimmung vom 6. Februar 1953 (GBl. S. 297) zu dieser Verordnung, soweit die Vergütung und Prämierung aus den betrieblichen Prämienfonds zu erfolgen hat.

Tabelle zu § 6 Abs. 2

von 65—70%	füllenden Kapazitäten	eine Prämie	von 0,10%	der Planbausumme dieser Kapazitäten
von 70—75%	"	"	von 0,15%	"
von 75—80%	"	"	von 0,20%	"
von 80—85%	"	"	von 0,25%	"
von 85—90%	"	"	von 0,30%	"
von 90—95%	"	"	von 0,35%	"
von 95—100%	"	"	von 0,40%	"

gez.: Winkler, Minister

Vergütungen und Prämien nach §§ 9 und 10 werden nicht auf Prämien nach § 6 angerechnet.

§ 12

Diese Anordnung gilt für das Planjahr 1956.

54. Struktur- und Stellenpläne

Von der Hauptabteilung Bauindustrie werden für 1957 zur Anwendung in den Betrieben der örtlichen volkseigenen Bauindustrie neue Rahmenstruktur- und -stellenpläne herausgegeben. Diese Unterlagen sind als Anleitungsmaterial für die Ausarbeitung der konkreten Struktur- und Stellenpläne der Betriebe bestimmt. Die neuen Rahmenstrukturpläne mit entsprechender Direktive sind den Räten der Bezirke, Abt. Aufbau, zur Unterrichtung der Betriebe bereits zugesandt worden. Die Herausgabe der neuen Rahmenstellenpläne wird etwa Anfang November d. J. erfolgen.

55. Katalog der koordinierten Arbeitsnormen in der volkseigenen Bauindustrie, Ausgabe 1956.

Die erste Auflage des Gesamtkataloges ist vergriffen. Da die Betriebe und Verwaltungen ihren Bedarf bisher noch nicht ausreichend gedeckt haben, wird ein Nachdruck aufgelegt, der Anfang 1957 ausgeliefert werden soll.

Bestellungen dafür sind bis spätestens 30. 11. 1956 an das Buchhaus Leipzig, Leipzig O 5, Täubchenweg 83, zu richten. Später eingehende Bestellungen sowie Aufträge über die Lieferung einzelner Gewerke können nicht mehr berücksichtigt werden.

56. Vereinheitlichung von Vordrucken

Beim VEB Vordruck-Leitverlag Weimar sind in vereinheitlichter Form nachstehende neue Vordrucke erhältlich:

„Arbeitsnormenbericht“ Best.-Nr. 51 384

„Baumaschinen-Standortkarte“ Best.-Nr. 07 361

„Gerätemiete-Rechnung“ Best.-Nr. 07 362.

Muster sind den Betrieben bereits zugesandt worden. Vorhandene Vordrucke alter Ausführung sind zunächst aufzubreuchen. Wo bereits Bedarf für die neue Ausführung vorhanden ist, sind Bestellungen zur Erstauslieferung an den VEB Vordruck-Leitverlag Weimar bis zum 30. 11. 1956 zu richten.

57. Sonderdarlehen für Nebenproduktion (Baustoffe)

Die Deutsche Investitionsbank ist vom Ministerium der Finanzen ermächtigt worden, Sonderdarlehen zur Finanzierung der nicht geplanten Nebenproduktion (Baustoffe) der volkseigenen Baubetriebe im Planjahr 1956 zu gewähren.

Die Deutsche Investitionsbank reicht diese Sonderdarlehen auf Antrag der Betriebe auf der Grundlage operativer Pläne für die Nebenproduktion (Baustoffe) zu einem Zinssatz von 1% aus.

Es wird hier nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Produktion im Jahre 1957 zu planen und über den Richtsatzplan zu finanzieren ist.

25X1;

CONFIDENTIAL

~~CONFIDENTIAL~~

25X1

Kalkulationsrichtwerte für die volkseigene Bauindustrie

Herausgegeben von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik,
Ministerium für Aufbau

Loseblattform DIN A 5

Vom Ministerium für Aufbau sind auf der Grundlage der technisch-begründeten Arbeitsnormen die aufgeführten Kalkulationsrichtwerte ausgearbeitet worden, die eine vereinfachte und zeitsparende Preisbildung in der volkseigenen Bauindustrie ermöglichen:

1. Transportarbeiten	Etwa 0,80 DM
2. Erdarbeiten	Etwa 1,20 DM
3. Maurerarbeiten	Etwa 2,85 DM
4. Beton- und Stahlbetonarbeiten	Etwa 0,70 DM
5. Zimmererarbeiten	Etwa 2,05 DM
6. Putzarbeiten	Etwa 0,95 DM
7. Straßenbau- und Pflasterarbeiten	Etwa 2,55 DM
8. Gleisbauarbeiten	Etwa 2,10 DM
9. Bauwerkabdichtungsarbeiten	0,70 DM
10. Tischlerarbeiten	0,50 DM
11. Glaserarbeiten	0,50 DM
12. Dachdeckerarbeiten	1,60 DM
13. Maler- und Klebearbeiten	Etwa 2,05 DM
14. Ofensetzerarbeiten	8,20 DM
15. Parkettlegerarbeiten	0,95 DM
16. Schornstein- und Feuerungsbauarbeiten	1,75 DM
17. Be- und Entwässerung	Etwa 1,55 DM
18. Zentralheizungs-, Lüftungs- und Warmwasser- bereitungsanlagen	1,00 DM
19. Lehmbauarbeiten	Etwa 1,60 DM

Ordner mit Hebelmechanik sind zum Preise von 1,90 DM lieferbar



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Herausgeber: Ministerium für Aufbau, Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Veröffentlicht unter Nr. Ag 105/56/DDR.
Erscheint jeweils am 1. und 15. eines jeden Monats. Druck: Volksdruckerei Ostharz, Werk Bernburg

~~CONFIDENTIAL~~

25X1